

Für ein geeintes Europa freier Völker



Graphik: Manihiki / wikimedia commons / CC BY-SA 4.0 (überarbeitet)

Die EU ist nicht Europa!

»Europa« war von den Gründungsmitgliedern der EU nie gewollt. Ein westliches Wirtschafts- und Politikkonstrukt, das neben der NATO dem Ostblock Paroli bieten und als amerikanischer Vorposten agierte sollte. Spätestens mit dem Vertrag von Maastricht am 7. Februar 1992 hätte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Gesamteuropäischer Wirtschaftsraum autonomer Völker geschaffen werden können.

Losgelöst von den Fesseln einer einheitlichen Währung und einer zentralistischen Gesetzgebung könnte sich ein Europa der Völker in Frieden, Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand entwickeln.

Es lohnt sich dafür zu kämpfen!

Das offene Wort

Wenn die Wähler es leid sind ...

So schnell kann es gehen, wenn die Regierenden ihre Politik abgehoben vom Volk betreiben:

Der niederländische Regierungschef *Mark Rutte* weilte am 21. März im Kreise seiner Kollegen beim EU-Gipfel in Brüssel, als ihn die Schreckensmeldung erreichte: Seine Regierungspartei VVD hatte bei den Provinzialwahlen eine krachende Niederlage erlitten. Wahlsieger wurde eine Partei, die es bei der letzten Wahl noch garnicht gab, das »Forum voor Democratie« (FVD) des 36-jährigen Gründers und Vorsitzenden *Thierry Baudet*, die – wie üblich – von den etablierten Parteien als »rechtspopulistisch« abgetan wurde. Ihr Ziel: Ein Stopp der Migrationspolitik.

Diese FVD wurde stärkste Kraft und überholte nicht nur die Regierungsparteien, sondern auch die PVV von *Geert Wilders*, dessen Haltung zur völkerrechtswidrigen Politik Israels von vielen Niederländern kritisiert wird.

Damit wird die regierende Koalition in der »Ersten Kammer« (vergleichbar mit dem Bundesrat) ihre Mehrheit verlieren.

Weiterwursteln kann sie nur, wenn sie mit der Partei der Arbeit und den Grünen, also der bisherigen Opposition, eine Front gegen die Neuen »von ganz rechts« (so die Medien) bildet – wie im Deutschen Bundestag.

Den Widerstand der »Eingeborenen« werden sie aber nicht aufhalten können, weder dort noch bei uns!

Ihre Sabine Möller

EU: Irrer geht's immer!

Wer sich an die legendäre »Gurkenkrümmungsverordnung« erinnert, dachte damals, irrer könne es mit dieser EU nicht mehr werden. Aber weit gefehlt: es wurde und wird immer irrer.

Leider haben viel zu viele Menschen in all den Jahrzehnten nicht wahrgenommen und nicht begriffen, daß es den Fädenziehern hinter den Kulissen nicht nur um solche Kleinigkeiten wie die Gurkenkrümmung oder die Glühbirnenverbote geht.

Lange vor Beginn der angeblich unvorhersehbaren sogenannten »Flüchtlingskrise« im Jahr 2015 erarbeitete die EU Beratungspapiere und eine Studie, deren »Final report« im Juli 2010 verabschiedet wurde. Ihr Name:

»STUDY ON THE FEASIBILITY OF ESTABLISHING A MECHANISM FOR THE RELOCATION OF BENEFICIARIES OF INTERNATIONAL PROTECTION«

Sinngemäß übersetzt: Studie über die Machbarkeit eines Mechanismus zur Umsiedlung von international Schutzsuchenden.

In dieser Studie wurde abgeschätzt, wieviele Migranten die einzelnen EU-Länder in Zukunft wohl aufnehmen könnten.

Auf Seite 3 dieser UN sehen Sie einen Ausdruck aus diesem 144-seitigem Dokument.

Ausgehend von der Landfläche (Spalte 1) und der Einwohnerzahl am 1.1.2008 (Spalte 2) wird die Bevölkerungsdichte, also Einwohner je qkm, festgestellt (Spalte 3).

Daraus ergäbe sich die Kapazität des Landes (»Population capacity«) für eine mögliche (geplante?) Zuwanderung (Spalte 4).

Schöne neue Welt – Armes Deutschland!

Für die Bundesrepublik Deutschland mit damals rund 82,3 Millionen Einwohnern wurde eine Kapazität, also eine mögliche Einwohnerzahl von rund 274,5 Millionen Menschen ermittelt. Also: Wir könnten noch mehr als 192 Millionen Schutzsuchende aufnehmen!

Durch verschiedene Schriften und Hinweise waren uns solche Irrsinnsvorstellungen des EU-Bürokratenmonsters schon länger bekannt. Wir hatten sie als unglaublich und nicht belegt beiseite gelegt, denn es konnte sich ja nur um Irrsinn handeln. Nun aber haben wir die Studie im Original vorliegen.

ZUM NACHDENKEN:

Ja zu Europa und seinen Völkern!

»Die EU-Wahl wird eine Richtungsentscheidung. Auf der einen Seite stehen Globalisten, die das Projekt aufrechterhalten wollen, um sich selbst zu bevorteilen. Auf der anderen Seite stehen jene, die für einen Erhalt der Völker, Kulturen und Väterländer Europas eintreten.

Meine Vision von Europa ist ein Europa, in dem die Völker neben und miteinander in ihren Ländern friedlich leben. Natürlich müssen die Länder zusammenarbeiten, aber nicht wie jetzt in einem Bonzen-Konglomerat wie der EU diktiert.«

Markus Rippl (25), vormals FPÖ und Landesvorsitzender des Rings Freiheitlicher Jugend, zur EU-Wahl Spitzenkandidat der »Liste ÖXIT-Die Stimme«

European Commission, Directorate-General Home Affairs

Final report

July 2010

STUDY ON THE FEASIBILITY OF ESTABLISHING A MECHANISM FOR THE RELOCATION OF BENEFICIARIES OF INTERNATIONAL PROTECTION

JLX/2009/ERFX/PR/1005

Table 12: Density distribution at threshold of 1000

	Total area EU-27 (km ²)	Population EU-27 (1.1.2008 Eurostat)	Density	Population capacity calculated at density threshold	Adjusted: positive capacities only	Density distribution
Austria	83,870	8,282,984	98.76	75,587,016	75,587,016	2.0%
Belgium	30,528	10,584,534	346.72	19,943,466	19,943,466	0.5%
Bulgaria	111,910	7,679,290	68.62	104,230,710	104,230,710	2.7%
Cyprus	9,250	778,684	84.18	8,471,316	8,471,316	0.2%
Czech Republic	78,866	10,287,189	130.44	68,578,811	68,578,811	1.8%
Denmark	43,094	5,447,084	126.40	37,646,916	37,646,916	1.0%
Estonia	45,000	1,342,409	29.83	43,657,591	43,657,591	1.1%
Finland	338,000	5,276,955	15.61	332,723,045	332,723,045	8.7%
France	550,000	63,623,209	115.68	486,376,791	486,376,791	12.7%
Germany	356,854	82,314,906	230.67	274,539,094	274,539,094	7.2%
Greece	131,957	11,171,740	84.66	120,785,260	120,785,260	3.2%
Hungary	93,000	10,066,158	108.24	82,933,842	82,933,842	2.2%
Ireland	70,000	4,312,526	61.61	65,687,474	65,687,474	1.7%
Italy	301,263	59,131,287	196.28	242,131,713	242,131,713	6.3%
Latvia	65,000	2,281,305	35.10	62,718,695	62,718,695	1.6%
Lithuania	65,000	3,384,879	52.08	61,615,121	61,615,121	1.6%
Luxembourg (Grand-Duché)	2,586	476,187	184.14	2,109,813	2,109,813	0.1%
Malta	316	407,810	1290.54	-91,810	0	0.0%
Netherlands	41,526	16,357,992	393.92	25,168,008	25,168,008	0.7%
Poland	312,697	38,125,479	121.92	274,571,521	274,571,521	7.2%
Portugal	92,072	10,599,095	115.12	81,472,905	81,472,905	2.1%
Romania	237,500	21,565,119	90.80	215,934,881	215,934,881	5.6%
Slovakia	48,845	5,393,637	110.42	43,451,363	43,451,363	1.1%
Slovenia	20,273	2,010,377	99.17	18,262,623	18,262,623	0.5%
Spain	504,782	44,474,631	88.11	460,307,369	460,307,369	12.0%
Sweden	449,964	9,113,257	20.25	440,850,743	440,850,743	11.5%
United Kingdom	244,820	60,781,352	248.27	184,038,648	184,038,648	4.8%
EU-27	4,328,973	495,270,075	114.41	3,833,702,925	3,833,794,735	100.0%

Kurzmeldungen

Ausländerbehörde ade!

Die rot-rot-grüne Landesregierung von Berlin hat beschlossen, die Ausländerbehörde abzuschaffen. Die bedeutet allerdings nicht, daß die Bundeshauptstadt jetzt in irgendeiner Form »ausländerfrei« werden soll – im Gegenteil!

Der Berliner Senat gründet unter dem Namen »Landesamt für Einwanderung« eine »Willkommensbehörde« (O-Ton SPD-Innensenator *Andreas Geisel*), um eine »Zuwanderung in den Arbeitsmarkt« (*Geisel*) zu fördern.

Bei rund 44.000 abgelehnten Asylbewerbern allein in Berlin stünde dem Land und der Stadt eine »Abschiebungsbehörde« besser!

Hilfe, die »Rechten« sind sympathisch und tüchtig

Man könnte es auch unter der Rubrik »Unfreiwilliger Humor« abheften. Auf *SPIEGEL ONLINE* (*SPON*) wird ausführlich darüber gejammert, wie die »bösen Rechten« sich in Mitteldeutschland (im *SPIEGEL* natürlich Ostdeutschland) immer mehr etablieren.

Besonders gefährlich erscheint demnach der Ankauf von Immobilien zu sein und die damit verbundene Unabhängigkeit, Veranstaltungen und Konzerte zu organisieren. Ganz schlimm wird es aber, wenn die Bevölkerung den jungen und tatkräftigen »Rechten« nicht entgegentritt – sondern sie im Gegenteil wohlwollend toleriert oder sogar mit ihnen sympathisiert.

Ein gelungenes Stück unfreiwilligen Humors liefert der *SPON*-Artikel:

»*Es gibt in zu vielen Regionen einen fruchtbaren Boden für Rechtsextremisten. Viele stören sich nicht sonderlich an Rechten, die Immobilien kaufen, Re-*

staurants betreiben oder andere Geschäfte machen«, sagt ein Nachrichtendienstler. *»Im Restaurant einer Szenegröße soll mittlerweile sogar die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde einkehren. Der Typ ist fest verankert im Dorfleben. Da ist in der Bevölkerung relativ wenig Widerstand zu erwarten*«, so der Beamte.«

Auf die Frage an einen Gaststättenbetreiber, warum ein »Neonazi« bei ihm in der Küche arbeite? *»Er war der Erste, der ordentlich kochen kann.«*

Jährlich eine Großstadt voller Asylbewerber

»Wir haben im vergangenen Jahr 162.000 Asylersanträge registriert. Das ist vergleichbar mit einer Großstadt, die jährlich zu uns kommt«, so der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), *Hans-Eckhard Sommer*.

Wenn also die »Bessermenschen« darüber jammern, daß wir zu wenige Wohnungen haben, wird bewußt verschwiegen, daß seit Jahren Millionen Migranten nach Deutschland geholt wurden.

Bleiben wir aber bei der erwähnten Großstadt. Eine Stadt besteht nicht nur aus Wohnungen, sondern aus ganz vielen Einrichtungen, die zu einer funktionierenden Infrastruktur gehören: Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Polizei, Feuerwehr, Straßen, soziale Organisationen, Gerichte, kommunale Verwaltung, Geschäfte usw.

Wenn also über fehlende Gebäude, marode Straßen und fehlendes Personal gejammert wird, hat nun auch der Präsident des BAMF erkannt, daß es an den dazukommenden Großstädten liegen könnte.

Allerdings hilft Reden und Erkenntnisgewinn wenig – handelt endlich!

»Europa, was ist das eigentlich?

Ein Erdteil, ein Kontinent, ja. Geographisch eine ganz eindeutige Sache. Und politisch? Eine Schimäre. Politisch hört Europa an der russischen Grenze auf. Man hat sich zu einem Konstrukt zusammengefunden, der EU, die Europa spaltet statt eint. Die sogar das Kunststück fertig bringt, dieses europäische Rußland aus Europa zu verbannen und mit einem asiatischen Staat, der Türkei, Beitrittsverhandlungen zu führen.

Was den Menschen über Europa vorgegaukelt wird, ist verlogen und heuchlerisch. Die EU ist nicht Europa. Sie ist eine Spielwiese der Globalisten und der transatlantischen Strippenzieher, die den Kontinent mit Migranten zwecks Umvolkung füllen wollen.

Das Verwerfliche ist, daß man die Menschen mittels Phrasen zu einer Wahl für ein Scheinparlament lockt, wobei das Ergebnis in undemokratischer Weise gegen den Bürger verwendet werden wird, egal wie es ausgeht.

Das ist dann die europäische Antwort, denn leider werden die EU-kritischen Parteien wegen der Irreführung der Bürger keine Mehrheit bekommen.«

Leserpost auf dem Internet-Portal »achgut.com«

Bestellen Sie vor der Europawahl die folgenden vier Seiten nach und klären Sie Ihre unwissenden oder ungeschlüssigen Mitmenschen auf!



WAHL-SONDERDRUCK S419

UN

UNABHÄNGIGE
NACHRICHTEN

Europawahl 2019: Sprengt die EU-Ketten!

FÜR EIN EUROPA FRIEDLICH VERBUNDENER VÖLKER,
GEGEN EINE ZENTRALISTISCHE DIKTATUR DER EUROKRATEN.

FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER,
GEGEN EINEN KULTURVERNICHTENDEN EINHEITSBREI.

FÜR EINEN GESAMTEUROPÄISCHEN FRIEDENS- UND WIRTSCHAFTSRAUM,
GEGEN DIE MACHT DER GLOBALISTEN.

FÜR DIE FREUNDSCHAFT UND SOLIDARITÄT DER VÖLKER,
GEGEN EINE GEMEINSAME SCHULDENHAFTUNG.

IHRE STIMME ZÄHLT! STIMMEN SIE AM 26. MAI FÜR EIN EUROPA DER
VÖLKER IN FRIEDEN, FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG!

JA!

zu einem Europa freier Völker!

NE

Immer mehr Mitgliedsstaaten und deren Bürger wehren sich gegen die Fremdbestimmung durch ein EU-Monstrum, das sie als ein Gefängnis empfinden, in dem über ihre Köpfe hinweg über ihr Schicksal, ihre innersten Belange entschieden wird. Der »Brexite« Großbritanniens ist ein Beleg dafür.

»Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren.«

»Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden.«

»Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.«

»Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten dann einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«

Nach diesen Grundsätzen des EU-Regierungsschefs Jean-Claude Juncker werden wir seit vielen Jahren von der EU am Nasenring herumgeführt.

Ist es verwunderlich, wenn immer mehr mündige Bürger und Demokraten solche Art von Politik, die an das Zentralkomitee der UdSSR in Moskau und ein Gefängnis erinnert, ablehnen?

Genau nach dieser Devise sollen in diesem Jahr die Pläne der gemeinsamen Bankenhaftung, der Schuldengemeinschaft und – ein vorläufiger Höhepunkt der Ausbeutung Deutschlands! – die europaweite gemeinsame Arbeitslosenversicherung verwirklicht werden. Man stelle sich das nur einmal bildlich vor: Da soll die Sparkasse oder Volksbank, bei der Ihr Ersparnis liegt, für Pleitebanken in Italien oder anderswo haften! Da sollen unsere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung europaweit aufgeteilt werden, an Staaten und Empfänger, die nicht willens oder fähig sind, ihre Wirtschaft durch Eigenleistung auf Vordermann zu bringen?

EU plant Abschaffung des Bargeldes

Die EU und der Internationale Währungsfond planen eine drastische Enteignung von Sparern und Bargeldbesitzern. Während Sie bereits jetzt bei einigen Banken Minuszinsen auf Ihr Guthaben zahlen, sollen Sie in Zukunft dafür bestraft werden, wenn Sie Bargeld zu Hause »horten« bzw. damit bezahlen. Nicht nur, daß Kartenzahlungen Sie »gläsern« machen sollen, nein, auch durch die Entwertung unseres Geldes werden Sie animiert mehr zu konsumieren – eine bequeme Art, die lahrende Konjunktur anzukurbeln. Die größten Zumutungen stehen uns erst noch bevor!

Europa wird »schwarz« werden

Im November 2010 forderte der damalige libysche Präsident Muammar al-Gaddafi beim dritten EU-Afrika-Gipfel in Tripolis fünf Milliarden Euro, um den Ansturm aus Schwarzafrika nach Europa weiterhin zu unterdrücken. Gemessen an den weit über 30 Milliarden Euro pro Jahr, die uns allein in Deutschland die Migranten aus Afrika und Asien kosten, ein Pappenstiel.

2011 wiederholte er seine Forderung: »Ihr sollt mich recht verstehen. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr Verwirrung stiften, Bin Laden in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich ereignen: Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus nach Europa überschwappet. Es wird niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten.«

Gaddafi als Barriere gegen einen ungebremsten »Flüchtlingsstrom«? – das schrie förmlich nach Destabilisierung des Landes und letztendlich nach seiner Ermordung.

Mission erfüllt und Gaddafis Voraussage bestätigt.

36 Millionen Euro netto pro Tag an die EU

Deutschland ist innerhalb der EU der größte Nettozahler mit rund 13 Milliarden Euro pro Jahr (Deutschland zahlt 13 Milliarden Euro mehr an die EU, als von der EU nach Deutschland zurückfließen). Wieder einmal eine Summe, die so gigantisch ist, daß man sie sich nicht real

Neugierig geworden? Hier finden Sie weitere Informationen:



zu einem Zentralkomitee nach sowjetischem Vorbild!



vorstellen kann. Vielleicht hilft es daher, den Betrag ein klein wenig griffiger zu machen:

13 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten knapp 36 Millionen Euro pro Tag oder über eine Milliarde Euro pro Monat. Um diese Summe aufzubringen, müssen 2,16 Millionen Arbeitnehmer jeden Monat 500 Euro Steuern zahlen.

Oder: Dafür lassen sich 67.000 Sozialwohnungen á 80 qm bauen.

In Zukunft 45 Milliarden Euro pro Jahr für die EU?

Durch Inflation, erwartete Mehrausgaben und dem Austritt Großbritanniens aus der EU soll der Beitrag der Bundesrepublik zum EU-Haushalt um weitere 15 Milliarden Euro auf dann 45 Milliarden Euro (Brutto) pro Jahr steigen – dies ab der Finanzperiode 2021 bis 2027. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) will uns weismachen, daß er und seine Beamten in Brüssel dafür kämpfen würden, diese Erhöhung auf zehn Milliarden Euro zu »senken«. Die F.A.Z. kann aus »gut unterrichteten Kreisen« berichten, daß dem nicht so ist.

Im Gegensatz zu anderen EU-Ländern, die sich gegen ihre jeweiligen Erhöhungen vehement wehren, sei dies für die bundesrepublikanische Politik kein Thema. Zugegebenermaßen dränge man in Zukunft auf Kostendisziplin.

Das wäre ja auch etwas völlig Neues bei den EU-Verfechtern – 15 Milliarden Mehrkosten pro Jahr sind aber wohl keiner Diskussion wert.

Noch mal zur Erinnerung, wir reden von hier von einer Beitragssteigerung von 30 auf 45 Milliarden Euro brutto pro Jahr für Brüssel!

Die europäische Arbeitslosenversicherung wird kommen ... und noch weitere Wohltaten

Friedrich Merz und einige weitere deutsche Hardcore-EU-Verfechter versuchen, die Deutschen auf eine europäische Arbeitslosenversicherung einzustimmen – und da gibt es immer noch Trautmäntler, die glauben, daß dieser Globalist deutsche Politik betreiben würde:

»Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt mutig voranzugehen, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, um die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest zu machen. Ein weiteres Auseinanderdriften in der Euro-Zone muß verhindert, eine Politik, die zu mehr Konvergenz führt, muss eingeleitet werden.

Eine Haushaltspolitik für die Euro-Zone, die dem Zusammenhalt und der Zukunftsfähigkeit des Währungsgebietes dient, und eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik bis hin zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung sind jetzt nötig, um glaubhaft zu machen, daß Europa auch im Innern zusammenhält.

Dazu müssen wir zu echten Kompromissen bereit sein, auch zu deutschen finanziellen Beiträgen.

Die Gründungsväter Europas, zu denen auch Konrad Adenauer gehörte, wußten, daß die europäische Einigung nur gelingen kann, wenn die Wohlstandsunterschiede nicht zu groß sind.«

Das Wahrheitsministerium der Frau Doktor Merkel

Was uns in Zukunft von Frau Doktor Merkel und der EU droht, ist richtig gruselig. In ihrer Regierungserklärung am 17.10.2018 gewährte sie uns einen Blick in ihre Giftküche:

»Zudem wollen wir [?] Leitlinien für den Umgang mit Parteien schaffen, die in ihren Kampagnen aktiv Desinformation betreiben. Das bedeutet in letzter Konsequenz auch, über finanzielle Sanktionen nachzudenken. Denn Politik bedeutet Verantwortung. [...]

Denn unsere Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, daß die demokratischen Willensäußerungen der Wählerinnen und Wähler durch gezielte Desinformationskampagnen, Cyberangriffe oder Datenmißbrauch allzu leicht verfälscht werden können.«

Also ganz schnell her mit europäer-einheitlichen Gesetzen, die unter der Überschrift »Rettung der Demokratie« jegliche nicht regierungskonforme Meinung unterdrücken, unter Strafe stellen und »Dissidenten« sozial und wirtschaftlich ruinieren sollen.

WUSSTEN SIE SCHON, DASS ...

- ➔ 50.000 Beamte und Angestellte der EU Personalkosten von über acht Milliarden Euro verursachen?
- ➔ 42 EU-Agenturen mit einer nicht veröffentlichten Zahl von Mitarbeitern und Heerscharen von Dienstleistern den bürokratischen Wasserkopf komplettieren?
- ➔ 11.780 Lobby-Organisationen aus ganz Europa versuchen, die Abgeordneten zu beeinflussen?
- ➔ der Europäische Gerichtshof massiv in die Souveränität der Nationalstaaten eingreift?
- ➔ die Gesetzgebungskompetenz der EU Vorrang hat vor nationalem Recht?
- ➔ bereits rund 80 Prozent der in Deutschland erlassenen Gesetze auf Regelungen der EU zurückgehen sollen?
- ➔ 4.000 EU-Beamte ein höheres Gehalt als die deutsche Bundeskanzlerin (330.000 Euro brutto / Jahr) bekommen?
- ➔ 5.100 festangestellte und freie Dolmetscher versuchen, das Brüsseler Sprach-Babylon zu entwirren?
- ➔ Ungarn bestraft werden soll, weil seine Bürger entschieden haben, daß ihre Heimat kein Einwanderungsland werden soll?
- ➔ mit dem »Vertrag von Lissabon« die Todesstrafe wieder eingeführt wurde?

»Auch die Tötung im Falle von Aufruhr und Aufstand wird außerhalb des Grundrechtsschutzes gestellt. Die Demonstrationen in Leipzig 1989 waren allemal Aufstand oder Aufruhr. Also wäre es nach diesem Text gerechtfertigt gewesen, tödlich zu schießen. In einem solchen Land möchte ich nicht mehr leben.«

Professor Karl Albrecht Schachtschneider zum Lissabon-Vertrag

Der Brüsseler Wanderzirkus

Einmal im Monat bricht das Europaparlament von Brüssel, wo die Ausschusssitzungen und die Alltagsarbeit stattfinden, zur Plenarwoche nach Straßburg auf. Mit Sack und Pack, mit Assistenten, Sekretärinnen, Chauffeuren und tonnenweise Akten. Bereits am Freitag verpacken die Parlamentarier ihre Unterlagen in Reisekisten und schicken sie in ihre Zweitbüros nach Straßburg. Die Abgeordneten folgen dann am Montag, meist per Flugzeug. Für die Bequemlichkeit

der Europa-Politiker ist in Straßburg auch gesorgt – ein Autokorso der Fahrbereitschaft aus Brüssel macht sich auf den Weg, um die Abgeordneten in gewohnter Qualität durch Straßburg zu chauffieren. Geschätzte Gesamtkosten dieses Wanderzirkus: etwa 200 Millionen Euro.

Die vier Gebäude in Straßburg werden nur rund 50 Tage im Jahr genutzt. Die restliche Zeit werden sie beheizt und bewacht – sonst nichts. Aber die französische Seele möchte eben auch gestrei-

chelt werden – daher Brüssel und Straßburg. Nur ein EU-Wahnsinn von vielen.

NEIN zu dieser EU!

Durch die Verarmung von weiten Teilen der Bevölkerungen innerhalb der EU wächst der Unfrieden. Einerseits werden Banken, welche sich durch eigene Schuld verspekuliert haben, mit Milliardenaufwand gerettet. Andererseits werden soziale Leistungen immer mehr abgebaut oder teurer.

Dazu kommt die durch die offenen Grenzen innerhalb der EU geförderte Einwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen und Religionen. Es steigt ständig die Gefahr von ethnischen Konflikten. Verzweifelt suchen die entwurzelten Menschen aus der ganzen Welt ein besseres Leben innerhalb der EU zu finden, weil die Auswirkungen der EU-Wirtschaftsverfassung auch in ihrer Heimat schwere Nachteile mit sich bringen. Die Wirtschaft freut sich über billige Arbeitskräfte, die sozialen Folgen soll der jeweilige Staat tragen.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird dadurch immer größer. Multinationale Konzerne und »Heuschreckenfirmen« übernehmen oder ersetzen alteingesessene Unternehmen. Die oft sagenhafte Gewinne einiger Banken und Konzerne werden aber nicht in den jeweiligen Staaten investiert. Sie können aufgrund der Kapitalverkehrsfreiheit der EU in Steueroasen transferiert werden. Die Mega-Konzerne bekommen von den Regierungen meist mehr Förderung als sie Steuern zu leisten haben.

Dieses System der Ausbeutung gehört abgeschafft!

Sie möchten dieses Blatt nachbestellen und weitergeben? Anruf genügt: 0208-840132

erwünschte Kostenbeteiligung: 10 Cent je Blatt plus Versand.



**Kontaktanschrift:
UN
Postfach 400215
44736 Bochum**

Volksverdummung: »Framing« und »Narrative«

»Der schwarze Kanal« mit *Karl-Eduard von Schnitzler* war Manipulation aus der Steinzeit. Unsere Medien, vornan die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten, können über die Methoden der ehemaligen Machhaber in der DDR nur müde lächeln. Heutzutage wird wissenschaftlich fundiert das Volk hinter die Fichte geführt.

Vorab eine Begriffsbestimmung:

»**Framing**« (Einrahmungseffekt) bedeutet, daß unterschiedliche Formulierungen einer Botschaft – bei gleichem Inhalt – das Verhalten des Empfängers unterschiedlich beeinflussen. Man kann auch ganz simpel von Sprach-Manipulation sprechen, um seinen Gegenüber in eine gewünschte Richtung zu lenken.

Ein »**Narrativ**« ist eine sinnstiftende Erzählung, die Einfluß hat auf die Art, wie die Umwelt wahrgenommen wird – es transportiert Werte und Emotionen.

»Framing« und »Narrativ« kombiniert nennt man deutsche Politik.

Meister im »Framing« und im Erzählen von »wertehaltigen und emotionalen« Geschichten sind unsere selbsternannten »Leit-Medien«.

Die »Lügendeschütze der Demokratie« (vgl. UN 2/2019) rüsten zum Endkampf – dazu

ARD und ZDF wollen mehr Geld

»Wir sind offen und gesprächsbereit. Klar ist aber, ohne eine Beitragsanpassung ist das Qualitätsniveau auf keinen Fall zu halten.«

ZDF-Intendant Thomas Bellut,
27.12.2018



bedarf es akademisch/wissenschaftlicher Unterstützung.

Die ARD beauftragte das *Berkeley International Framing Institute*, ein Verhaltens- und Argumentations-Handbuch zu erstellen (Kosten 120.000 Euro).

Daraus ein Beispiel: »Denken und sprechen Sie nicht primär in Form von Faktenlisten und einzelnen Details. Denken und sprechen Sie zunächst immer über die moralischen Prämissen. Denn Menschen fühlen sich immer dann angesprochen, wenn es „ums Prinzip geht“.«

Im Klartext: Schalten sie bei ihrem Gegenüber als erstes das Gehirn aus und verlagern sie die Debatte auf die »Gefühlsebene«!

Deshalb auch die zahllosen Kinderbilder aus Syrien oder teddywerfende Bundesbürger.

Noch ein Beispiel: »Sagen Sie, daß Sie mit der Sendung mit der Maus und dem Sandmännchen aufgewachsen sind« – mit dem

Ziel, die ARD »nahbar« und »authentisch« zu machen.

Das Zentralkomitee klärt auf!

Nachdem dieses Handbuch an die Öffentlichkeit gelangte, gab die Generalsekretärin der ARD (kein Witz, diesen Posten gibt es wirklich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk), Frau *Dr. Susanne Pfab*, bekannt:

Das »Framing-Manual« sei gar nicht so gemeint, wie es interpretiert werde.

»Als Medienverbund, der tagtäglich mit Sprache arbeitet, ist es für die ARD selbstverständlich, sich mit Begriffen und ihrer Wirkung zu beschäftigen – auch in Bezug auf die Kommunikation über sich selbst. Vor etwa zwei Jahren hatte die damalige ARD-Geschäftsführung unter Vorsitz des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) die Sprachforscherin *Dr. Elisabeth Wehling* gebeten, ihre wissenschaftliche Sicht einzubringen.«

Die ARD-Gehirnwäsche hat System

Die Intendantin des *Mitteldeutschen Rundfunks (MDR)*, *Karola Wille*, beauftragte in ihrer Zeit als Vorsitzende der *ARD* (2016 – 2017) bei Frau *Dr. Wehling* dieses Handbuch, um für die *ARD* einen »Einheits-Sprech« kreieren zu lassen. Also »Framing« und »Narrative« zu schaffen, durch die diese zwangsfinanzierte Institution die Bürger weiter verdummen kann und diese auch noch mit offenen Augen und Mündern Beifall klatschen.

Wie in der *F.A.Z.* vom 20.11.2011 nachzulesen ist, hat *Karola Wille* eine lupenreine marxistische Ausbildung und Karriere als Juristin in der DDR hinter sich – und gelernt ist gelernt!

Die ehemals mit einem Militärstaatsanwalt der DDR verheiratete *Wille* wußte schon immer wo der Feind steht. Ende 1986 verfaßte sie mit einem Ko-Autor folgenden Text:

»Im politischen und ideologischen Arsenal der aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals nimmt der Revanchismus einen gewichtigen



Foto: Iva Beifür / Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0 (Ausschnitt)

Dr. Karola Wille, seit 1.11.2011 Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks

Platz ein. Er ist ein wesentlicher Faktor in der Strategie des Imperialismus, eine generelle Wende in der Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses herbeizuführen. Seit dem Herbst 1982 wurde die Ideologie und Politik des Revanchismus durch die herrschenden Kräfte der BRD erheblich verstärkt.«

Diese Frau mit dieser Vergangenheit gehört mit zu den wichtigsten Meinungsmachern in dieser Republik und paßt genau in die heutige politische Landschaft – worüber wundern wir uns eigentlich noch?

Wer soll solchen vom Steuerzahler zwangsfinanzierten Sendeanstalten auch nur das »Guten Abend meine Damen und Herren« glauben?

Die neue Logik der Gebühren-Abzocker:

»Wir „bezahlen“ also nicht für die „Angebote“ der ARD. Sondern, wir ermöglichen uns einen gemeinsamen, freien Rundfunk ARD. Unter anderem, aber bei weitem nicht ausschließlich, durch unsere finanzielle Beteiligung. Die ARD ist von uns, mit uns und für uns geschaffen [...]

Und die ARD existiert einzig und allein für uns, indem sie jenseits profitwirtschaftlicher oder demokratieferner Gelüste für ein informierendes, bildendes und sinnstiftendes Programm sorgt. Zu diesem Programm hat jeder Bürger freien Zugang und kann es beliebig nutzen [...]

Wir sichern uns (Vorsicht: nicht „leisten uns“!) durch unsere monatliche Beteiligung die freie mediale Infrastruktur ARD, die Grundlage unseres täglichen privaten und wirtschaftlichen Lebens ist.«

ARD-»FRAMING-MANUAL« (Auszug)

Liebe Leser, ganz privat:

Die Lüge beginnt beim Wort

Die Wahlen zum EU-Parlament seien wie nie zuvor »Schicksalswahlen«, betonen alle Parteien gemeinsam. Es ginge um »für oder gegen Europa«, beschwören alle Parteien außer AfD und NPD die Wähler.

Doch es geht nicht um Europa! Es geht einerseits um die Quasi-Diktatur der EU-Kommission und ihres Bürokratenheeres und andererseits um die Frage, wie die Staaten Europas unter Wahrung ihres Selbstbestimmungsrechtes friedlich und zum Wohl aller in wichtigen Fragen zusammenarbeiten können.

Es geht um die künftige Gestaltung dieser Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten. Der italienische Innenminister *Matteo Salvini* brachte es

kürzlich auf den Punkt: Diese Wahlen seien ein Referendum zwischen einem Europa der Eliten, Banken, Finanzen, der Immigration und prekärer Arbeit und einem Europa der Völker. *»Mein Hauptziel ist es, Europa zu retten und zu erneuern.«*

Diesem, auch unserem Ziel, dient das Mittelblatt dieser UN!

Wir bitten Sie, diesen Sonderdruck an alle Ihre Bekannten weiterzugeben und in Ihrem Lebensumkreis zu verteilen (Kostenbeitrag für 100 Blatt 15 Euro).

Es zählt nicht, was SIE wissen, sondern was Ihre Nachbarn wissen!

Mit Dank für Ihre Mithilfe, *Ihre UN-Mitarbeiter*

Brexit: Ja zu Europa, nein zur EU!



Stimmzettel der »Brexit«-Abstimmung vom 23.6.2016

rung erpreßt wird, nennt sie endlich das Kind beim Namen:

»Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird dieses Land selbst kontrollieren und auswählen, wen wir hierher kommen lassen wollen.«

Auch erhalte Großbritannien dann die Souveränität über die Gesetze des Landes zurück. Das bedeute, daß die Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, das Schiedsgericht in EU-Rechtsfragen, nicht mehr für Großbritannien gelte.

Dies ist den Briten so viel wert, daß sie die zu befürchtenden wirtschaftlichen Einschränkungen offenen Auges und mit der ihnen eigenen Kampfmoral durchstehen werden.

Ein voller Bauch kann eben auf Dauer nicht den Drang nach Freiheit unterdrücken.

Die »Brexiter« sind nicht gegen Europa – sie sind gegen den Machtanspruch aus Brüssel!

Den Befürwortern eines Brexit ging es von Anfang an schwerpunktmäßig gegen die von Brüssel befohlene uneingeschränkte Zuwanderung. Oder simpler ausgedrückt: Die Briten wollen wieder selbst bestimmen, wer auf ihr Staatsgebiet kommen darf und wer nicht. Sie wollen sich dies

nicht von den Eurokraten diktieren lassen.

Das Ergebnis des Brexit war nie eine Abstimmung gegen Europa, sondern gegen das Brüsseler Diktat der Überfremdung.

Seit die Premierministerin *Theresa May* in ihrer eigenen Partei zunehmends unter Druck gerät und sie von den »Kollegen« in Brüssel speziell beim Thema Einwande-

Wir bitten unsere Leser, Kostenbeiträge und/oder Spenden mit diesem Vordruck zu begleichen. Wenn Sie

dies schon erledigt haben, ignorieren Sie diesen Vordruck bitte. Unsere Leser außerhalb der Bundesrepublik

Deutschland bitten wir, landesspezifische Vordrucke zu verwenden. Diese erhalten Sie von Ihrer Hausbank.

Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Zahlungsempfänger
FREUNDESKR. UN E.V.

IBAN
DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC
PBNKDEFFXXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer/Verwendungszweck
ADR.-NR.:

WOHNORT:

Kontoinhaber/Zahler: Name

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

F R E U N D E S K R . U N E . V .

IBAN

D E 7 5 1 0 0 1 0 0 1 0 0 6 3 6 5 3 9 1 0 1

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

P B N K D E F F X X X

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

A D R . - N R . :

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

W O H N O R T :

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

08

Datum

Unterschrift(en)

»Die sogenannte gendergerechte Sprache beruht erstens auf einem Generalirrtum, erzeugt zweitens eine Fülle lächerlicher Sprachgebilde und ist drittens konsequent gar nicht durchzuhalten. Und viertens ist sie auch kein Beitrag zur Besserstellung der Frau in der Gesellschaft.«

Verein Deutsche Sprache e.V.

Aus Bürgern werden »Bürgende«

Eigentlich müßten wir Abbitte leisten! Immer wieder haben wir uns über den Wahnsinn des »Gender-Sprechs« lustig gemacht. Die Verhuzung der deutschen Sprache durch Genderisten und natürlich -innen wird immer verrückter; allerdings auch entlarvender.

Wenn es statt Studenten jetzt »Studierende« heißt, müßte man logischerweise auch zu Bürgern »Bürgende« sagen – und dies trifft genau den Kern.

Wir sind schon seit langem Bürgende für den Irrsinn unserer Politiker geworden:

Wir bürgen für die Schulden der EU, für die »Flüchtlings«-Politik, für den Bildungsnotstand, für die Demontage der deutschen Industrie, für die Enteignung des Mittelstandes, für die Energiepolitik, für ...

Für all diese Dinge werden wir über kurz oder lang in Haftung genommen.

Dies ist aber den Wenigsten bewußt. Die Kapelle spielt fröhlich weiter, während der Dampfer »Deutschland« stetig voll Wasser läuft.

In diesem Sinne: Weiter so, liebe Bürgende!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergegeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf. Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto. Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/